



Ausschuss für Frauenpolitik

35. Sitzung (öffentlich)

04. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein- Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 - (Haushaltsgesetz 2009) 3**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Einzelplan 15

Minister Armin Laschet führt in den Einzelplan 15 ein. Es erfolgt eine Aussprache.

- 2 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 13**

Vorlage 14/1844

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

3 Zugang zu Prüfungen während einer Beurlaubung aufgrund von Familienarbeit ermöglichen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6864

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** beschließt, zu dem Antrag **kein Votum** abzugeben.

4 Weitere Entwicklung im Themenfeld „Frauen zwischen Beruf und Familie“ - Entwicklung in NRW zwischen 2006 und 2007 15

Vorlage 14/2032

- Bericht von Minister Armin Laschet, Aussprache.

5 2. Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen 23

Vorlage 14/1940

- Bericht von Minister Armin Laschet, Aussprache.

6 Bisherige Aktivitäten und zukünftige Vorhaben des neu geschaffenen Fachbereichs „Gender und Sucht“ der Landeskoordinierungsstelle für berufliche und soziale Integration (Landeskoordination Integration NRW) in Köln 34

Vorlage 14/2040

- Aussprache.

7 Verschiedenes 37

- siehe Diskussionsteil.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung merkt **Ursula Doppmeier (CDU)** an, bezüglich Tagesordnungspunkt 2 sei ihr mitgeteilt worden, dass noch Gespräche zwischen den Ministerien liefen. Sie bitte, den Punkt beim nächsten Mal zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 - (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Einzelplan 15

Die **Vorsitzende Elke Rühl** führt an, heute erfolge der Einführungsbericht des Ministers in den Einzelplan 15. Die Aussprache dazu werde in der nächsten Sitzung am 25. September durchgeführt, zu der auch Vertreterinnen und Vertreter der anderen Ministerien eingeladen würden, soweit die Einzelpläne frauenpolitisch relevante Positionen umfassen. Das Ausschusssekretariat werde darüber hinaus wie im letzten Jahr Erläuterungen zur Beilage 2 zum Einzelplan 15 „Übersicht über die geplanten Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollen“ erstellen.

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration** trägt vor:

Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst mit zwei aktuellen Ereignissen beginnen. Vor genau einem Monat haben wir den zweiten Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Landesverwaltung vorgestellt. Der Bericht dokumentiert, dass Frauen in der Landesverwaltung immer stärker vertreten sind sowohl, was die Zahl der Beschäftigten als auch ihre Repräsentanz in Führungspositionen angeht. Er zeigt aber auch, dass wir keineswegs die Hände in den Schoß legen dürfen. Das gilt insbesondere für die oberste Führungsebene und die Gremien, in denen Frauen noch nicht ausreichend vertreten sind.

Ein zweiter Punkt, der mir fast noch wichtiger ist: Die neuesten Zahlen zur Erwerbstätigkeit von Frauen zeigen, dass die Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2007 um 2,5-%-Punkte gestiegen ist. Besonders positiv ist für mich dabei, dass das nicht auf einen Zuwachs bei den geringfügig Beschäftigten zurückzuführen ist, sondern Vollzeitstellen sind. Erfreulich ist auch, dass die Zahl der selbstständigen Frauen ebenfalls von 223.000 im Jahre 2005 auf 228.000 im vergangenen Jahr gewachsen ist. Ich werte dies als Zeichen, dass die inzwischen arbeitenden Startercenter auf die Initiative von Frau Thoben gezielt auf

Frauen in der Selbstständigkeit setzen. Wir kommen bei Tagesordnungspunkt 4 noch einmal auf diese Frage zurück.

Im kommenden Jahr - das betrifft das Haushaltsjahr 2009 - wird Nordrhein-Westfalen die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und Frauenminister, -senatorinnen und -senatoren der Länder ausrichten, kurz GFMK genannt. Nach 1993 hat Nordrhein-Westfalen 2009 zum zweiten Mal den Vorsitz inne. Diese Aufgabe ist für unser Bundesland Verpflichtung und Herausforderung. Mit dem Vorsitz verbindet sich traditionellerweise auch ein konzeptioneller Anspruch. Das Vorsitz-Land bringt eigene Impulse in die Debatte ein. Es ist die vornehmste Aufgabe des ausrichtenden Landes, in einem sogenannten Leitantrag frauenpolitisches Profil zu zeigen und Impulse für eine weitere Umsetzung des Artikels 3 Grundgesetz in die Rechtswirklichkeit zu geben.

Das Frauenministerium nimmt diese Aufgabe ernst und hat erste Vorbereitungen getroffen. Um einen reibungslosen und effektiven Ablauf zu garantieren, wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die die Konferenzen vor- und nachbereitet und als Anspruchspartnerin für die anderen Bundesländer fungiert.

Wir werden das Thema Frauen und Integration zum inhaltlichen Schwerpunkt der GFMK 2009 machen. Die Schnittstelle zwischen Frauenpolitik und Integrationspolitik ist ein Zukunftsthema, das bisher noch wenig beleuchtet worden ist. Dass die Umsetzung von Artikel 3 auch ein wichtiger Prüfstein für gelungene Integration ist, zeigen nicht zuletzt rechtliche Auseinandersetzungen etwa um die Kopftuchfrage oder um die Verankerung angemessener Sanktionen gegenüber Zwangsheirat im Strafgesetzbuch.

Überdies zeigt sich, dass Frauen hier als auch in anderen Ländern maßgebliche Trägerinnen des gesellschaftlichen Wandels sind, ohne die Integration nicht gelingen kann. Nordrhein-Westfalen ist derzeit das einzige Land, das systematisch und offensiv versucht, eine Frauenpolitik für die integrationspolitischen Herausforderungen zu öffnen und Integrationspolitik andererseits auch frauenpolitisch zu beeinflussen. Von daher ist es naheliegend und geboten, zu dieser Thematik einen entsprechenden Leitantrag vorzulegen. In der Titelgruppe 70 des Haushalts, der Ihnen vorliegt, finden Sie eine eigenständige Haushaltsstelle für die GFMK in Höhe von 95.000 €.

Unsere Vorreiterrolle im Politikfeld Frauen und Integration wollen wir im kommenden Jahr auch in der praktischen Arbeit ausbauen. Zuletzt hat der Integrationsbericht der Landesregierung gezeigt, dass junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte vielfach Unterstützung brauchen. Lassen Sie mich nur eine Zahl aus dem umfangreichen Bericht hier anführen: 26,3 % türkischer Frauen in Deutschland sind erwerbslos. Das sind dreimal so viele wie bei den deutschen Frauen. Deshalb sind auch für das Haushaltsjahr 2009 mehrere Vorhaben geplant, mit denen wir die Integrationschancen der Frauen verbessern wollen. Dabei können wir an die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre anknüpfen. Das gilt etwa für das Projekt „Neue Wege in den Beruf - Mentoring für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“. Wir unterstützen damit junge Frauen bei ihrem Start in die Berufswelt.

Frauen, die einen guten Schulabschluss erzielt haben und trotzdem auf erhebliche Hürden in der beruflichen Ausbildung stoßen, werden hier unterstützt, damit nicht wichtige Potenziale unserer Gesellschaft verloren gehen.

Im kommenden Jahr wollen wir das Projekt weiterentwickeln und ausbauen. Dank der Kofinanzierung mit EFRE-Mitteln soll das Projekt bis Dezember 2011 fortgeführt und mit 1 Million € gefördert werden. Um die Potenziale der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte geht es auch bei dem Projekt „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“, für das im Haushalt 2009 120.000 € zur Verfügung stehen. Immerhin betreiben 40.000 Zuwanderinnen in Nordrhein-Westfalen ihr eigenes Unternehmen und leisten damit einen sehr wichtigen Beitrag auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Das Institut für Mittelstandsforschung an der Universität Mannheim führt zurzeit eine Untersuchung zum Gründungsverhalten zugewanderter Frauen durch. Ich erhoffe mir von der Studie Erkenntnisse darüber, welche Faktoren es sind, die Zuwanderinnen bei Gründungen ermutigen und fördern, welche hemmen, welche individuellen Ressourcen sie für die Selbstständigkeit mitbringen und wie die betrieblichen Leistungspotenziale einzuschätzen sind. Die Ergebnisse werden wir Ende 2008 haben. Sie sollen dann Grundlage für die weitere zielgenauere Förderung dieser Frauen bilden.

Schon heute lässt sich feststellen, dass die Vernetzung von Unternehmerinnen mit Zuwanderergeschichte gefördert werden muss. Es gibt sehr aktive Unternehmerinnen-Netzwerke. Allerdings scheinen sich zugewanderte Frauen von diesen Netzwerken nicht genügend angesprochen zu fühlen. Das möchten wir ändern. Als erster Schritt soll das türkische Unternehmerinnen-Netzwerk „Petek“ bei der Intensivierung seiner Netzwerkarbeit unterstützt werden. Ebenso wie wir die wirtschaftlichen Potenziale der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte aktivieren wollen, müssen wir die gesellschaftlichen Potenziale der Zuwanderinnen wecken. Wir haben bereits im Jahr 2007 eine Pilotstudie in Auftrag gegeben, die untersuchen sollte, in welchem Umfang und in welcher Form sich Frauen mit Zuwanderungsgeschichte politisch und gesellschaftlich engagieren, aber auch welche Hemmnisse dem noch entgegenstehen.

Auf Grundlage der Ergebnisse sollen konkrete Umsetzungsprojekte entwickelt werden. Dafür wollen wir auch den Frauenrat Nordrhein-Westfalen gewinnen, der erfreulicherweise bereits sein grundsätzliches Interesse signalisiert hat.

Ein weiteres Forschungsprojekt nimmt die intergenerativen Prozesse zwischen Vätern und Söhnen sowie Müttern und Töchtern aus unterschiedlichen Herkunftsländern in den Blick. Die zentrale Fragestellung der Untersuchung, die wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für Frauen durchführen, zielt auf den Zusammenhang zwischen Rollenverständnis und Integrationserfolg. Für das Projekt, das noch in diesem Jahr starten soll, haben Bund und Land insgesamt 295.000 € eingeplant. Aus dem Etat für Gleichstellungspolitik sind hierfür 105.000 € im Jahre 2009 vorgesehen.

Ich habe jetzt einiges zu den Potenzialen der Zuwanderinnen gesagt. Zu einem realistischen Bild von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte gehört aber leider auch, dass einige von ihnen erheblich in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, zum Teil sogar in ihren Menschenrechten bedroht oder beschnitten werden. Dagegen werden wir weiter mit vollem Einsatz angehen. Mit der Verabschiedung des Handlungskonzeptes zur Bekämpfung von Zwangsheirat im Oktober 2007 hat Nordrhein-Westfalen Maßstäbe gesetzt. Im laufenden Jahr wurde die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen weiter vorangetrieben. Insbesondere hat sich die Online-Beratung, die durch Schulveranstaltungen sowie durch Öffentlichkeitsarbeit ergänzt wird, etabliert.

Im Haushalt 2009 sind für Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat Mittel in Höhe von insgesamt 230.000 € vorgesehen. Es war auch der Wunsch der Fraktionen in den letzten Haushaltsberatungen, dieses Geld dort einzusetzen. Einen Schwerpunkt der Förderung in diesem Jahr bilden darüber hinaus Projekte der örtlichen bzw. der regionalen runden Tische gegen häusliche Gewalt, bei denen es insbesondere um die Verbesserung der Situation der Frauen geht.

Die Ausrichtung auf Zuwandererinnen ist deshalb sinnvoll und nötig, weil Frauen mit Zuwanderungsgeschichte häufiger, oft auch stärker von häuslicher Gewalt bedroht sind als Frauen ohne diesen Hintergrund. Hinzu kommen oft weitere belastende Faktoren wie etwa fehlende Außenkontakte, Sprachdefizite und aufenthaltsrechtliche Probleme. An den Erfolg dieser Projekte möchten wir im kommenden Jahr anknüpfen und werden deshalb die Vernetzungsförderung fortsetzen, die übrigens auch außerhalb Nordrhein-Westfalens große Beachtung findet. Dafür sind im Haushalt 100.000 € vorgesehen.

Wie Sie wissen, gewährt das Frauenministerium seit Jahren den Stellen, die Opfer von Menschenhandel beraten, Haushaltsmittel für die Inanspruchnahme von Dolmetscherdiensten. Da auch die übrigen vom Land geförderten Frauenhilfeeinrichtungen bei der Beratungsunterstützung mit Zuwanderungsgeschichte zuweilen auf externe Übersetzungshilfen angewiesen sind, haben wir im Jahre 2008 erstmalig entsprechende Honorarmittel bereitgestellt. Im kommenden Jahr sind hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 85.000 € geplant.

Ich komme zum zweiten großen Tätigkeitsfeld unserer Arbeit im Jahre 2009, der beruflichen Förderung von Frauen. Seit vielen Jahren bilden sie einen Kernbereich der Gleichstellungspolitik. Zu Recht, denn für Frauen heute ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit selbstverständlicher Bestandteil ihrer Lebensplanung. Mit der Erwerbstätigkeit verbinden sich nicht nur ökonomische Unabhängigkeit und soziale Absicherung, zur Berufstätigkeit gehören auch die Bestätigung der eigenen Fähigkeiten, neue soziale Kontakte außerhalb der Familie und nicht zuletzt Freude an der Arbeit. Es ist darüber hinaus volkswirtschaftlich dringlich und es wäre unsinnig, gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel leichtfertig, auf die Qualifikationen und Kompetenzen, aber auch auf die Leistungs- und Einsatzbereitschaft ganzer Frauengenerationen zu verzichten.

Die größten Defizite bestehen dabei nicht im öffentlichen Dienst. Das hat unser Bericht zum Landesgleichstellungsgesetz gezeigt. Es sind vor allem die naturwis-

senschaftlichen und technischen Berufe sowie die Führungspositionen in der Wirtschaft, in denen Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert sind, übrigens auch im europäischen Vergleich.

Zudem zeigen Untersuchungen, dass sich junge Menschen durchweg Familie und Beruf wünschen, das aber nicht in erhofftem Maße verwirklichen können. Es ist und bleibt deshalb eine der zentralen Aufgaben der Politik, das ihre zu tun, um diese bisher unbefriedigend gelöste Vereinbarkeitsfrage zu beantworten. Wir unterstützen das als Ministerium sehr forciert und sehr engagiert beim Ausbau der Kinderbetreuung. Wir haben in den letzten drei Jahren die Plätze für die unter Dreijährigen seit 1. August mit jetzt 44.000 Plätzen vervierfacht. Das ist eine Vervielfachung der Chancen bei der Vereinbarkeit. Für 33.000 Männer oder Frauen hat das die Möglichkeit der Vereinbarkeit konkret in den letzten drei Jahren erhöht. Die andere Seite der Medaille, das Pendant zur Kinderbetreuung, ist die Frage des Wiedereinstiegs in den Beruf.

Eltern - nach wie vor sind es überwiegend die Frauen -, die zugunsten familiärer Verpflichtungen ihre Berufstätigkeit zurückgestellt oder sogar ganz unterbrochen haben, sollen in die Lage versetzt werden, sich wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Bereits im laufenden Jahr 2008 sind deshalb in unserem Haus Maßnahmen zur Unterstützung des Wiedereinstiegs ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit. Das von uns entwickelte ambitionierte Informationssystem für Wiedereinsteigerinnen, das aus einer Website, einer telefonischen Beratung und dem Wissensmanagementsystem Komnet besteht, ist nach intensiven Vorbereitungen am 1. August in den Probelauf gegangen.

Im Rahmen der Testphase wird das Angebot einem breiten Kreis von fachkundigen Nutzerinnen sowie von Wiedereinsteigerinnen mit der Bitte zur Verfügung gestellt, uns ihre Meinung zu melden. Auf Basis dieser Rückmeldungen werden wir den Service überprüfen und weiterentwickeln. Im Übrigen sollen während der Probephase die vor Ort bereits existierenden Informations- und Beratungsangebote erfasst und integriert werden. Ab Januar 2009 geht der Informationsservice in den regulären Betrieb über. Hierfür sind im Haushalt 200.000 € eingeplant.

Ein weiteres wichtiges Projekt beim Thema Wiedereinstieg ist die Landesinitiative Netzwerk W, mit der erfolgreiche regionale Projekte zur Unterstützung der Berufsrückkehr gefördert werden. Aufgrund der großen Nachfrage 2008 haben 44 regionale Netzwerke in Nordrhein-Westfalen ihr Interesse an einer Förderung bekundet. Aufgrund der überzeugenden Ergebnisse der bisherigen regionalen Projekte soll es auch 2009 eine Netzwerkförderung in Höhe von 390.000 € geben. Das MAGS ergänzt unsere Arbeit in diesem Bereich zudem durch das Programm „Brückenbau in den Beruf“, mit dem die Gruppe der Berufsrückkehrerinnen unter anderem Zugang zu den Bildungsschecks des Arbeitsministeriums erhält. Wir werden im nächsten Jahr gemeinsam mit dem MAGS unter anderem eine große Veranstaltung zur Berufsrückkehr durchführen, um die gesellschaftspolitische Diskussion zum Wiedereinstieg voranzubringen und weitere Akteure, etwa die Bundesagentur für Arbeit, mit ins Boot zu bekommen. Da ist noch der größte Nachholbedarf.

Um die Chancen der Frauen in den naturwissenschaftlichen und technischen Berufe zu erhöhen, möchte ich das Projekt „Technik ist auch weiblich“ fortführen. Unser Ziel ist es, die regionale Zusammenarbeit von Unternehmen, Hochschulen, Verbänden, Kammern und Arbeitsagenturen im Sinne des Clusteransatzes zu stärken. Damit wollen wir zum einen dazu beitragen, dass mehr Frauen die sogenannten MINT-Fächer studieren. Vor allem aber geht es darum, dass mehr Unternehmen die Absolventinnen auch tatsächlich einstellen und ihnen eine längerfristige Perspektive bieten.

Bereits in diesem Jahr hat unser Haus eine Analyse der Studien- und Beschäftigungssituation von Frauen in Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Europäischen Union in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage der Ergebnisse, die Ende 2008 vorliegen, ist für das Jahr 2009 eine internationale Fachtagung geplant. Insgesamt sind 200.000 € für die Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Frauen in Naturwissenschaft und Technik vorgesehen.

Auf intensive Arbeit in den letzten Jahren, die bereits zu beträchtlichen Erfolgen geführt haben, kann sich das Frauenministerium auch bei dem Thema Frauen in Führungspositionen stützen. Die beiden Mentoring-Programme „KIM - Kompetenz im Management“ - sowie „PePon - Personalpotenziale nutzen“ - haben seit Jahren Nordrhein-Westfalen bundesweite Anerkennung gebracht. Für beide stehen je 200.000 € und 120.000 € auch 2009 bereit.

Im nächsten Jahr werden wir das zehnjährige Jubiläum von KIM mit einer Veranstaltung begehen. Immerhin starteten in diesem Programm bisher zwölf Mentoring-Jahrgänge mit insgesamt 27 Tandems. Die bisherigen Teilnehmerinnen bilden ein Netzwerk von über 300 Führungsfrauen in ganz Nordrhein-Westfalen. Das ist eine Erfolgsgeschichte, die Grund zum Feiern gibt. Selbstverständlich werden beide Mentoring-Programme im kommenden Jahr fortgeführt und weiterentwickelt. Für das Projekt PePon soll im nächsten Jahr eine Erweiterung auf die Region Südwestfalen geprüft werden. Der Haushaltsansatz hierfür beträgt 50.000 €.

Wir brauchen Berufsförderung von Frauen besonders auch in der industriellen Forschung. In diesem Jahr wurde daher im Auftrag des Ministeriums eine Studie zu den Karrierehemmnissen von Forscherinnen in der chemischen Industrie durchgeführt, auf deren Basis wir im nächsten Jahr konkrete betriebliche Maßnahmen umsetzen. Dafür sind 100.000 € vorgesehen.

Zurzeit ist der Projektträger, die Fachhochschule für Ökonomie und Management in Essen, auf der Suche nach Unternehmen, die bereit sind, durch personalpolitische Maßnahmen die Repräsentanz und den Aufstieg von Frauen in der industriellen Forschung zu verbessern. Es zeigt sich allerdings, dass es kein leichtes Unterfangen ist, solche Unternehmen zu finden, die hieran mitwirken.

Der Unternehmerinnenbrief Nordrhein-Westfalen, mit dem Gründerinnen und Unternehmerinnen unterstützt werden, die ihren Betrieb vergrößern wollen, ist ebenfalls ein Erfolgsprojekt, das 2009 fortgesetzt werden soll. 165.000 € sind dafür vorgesehen. Es ist jetzt gelungen, den Unternehmerinnenbrief inzwischen flächendeckend auszuweiten. Für 2009 ist geplant, das Projekt in den neu hinzuge-

kommenen Regionen fest zu verankern und ein Konzept zu entwickeln, das auch die Gruppe der Zuwanderinnen anspricht. Sie sehen also: Alle zentralen Projekte des Themenfeldes Frau und Beruf können umgesetzt werden. Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erforderliche geringe Ansatzkürzung in der Titelgruppe 62 wird im Bereich der Gutachten erbracht.

Ich bin der Überzeugung, dass wir mit diesem Ergebnis der Haushaltsverhandlungen aus Sicht der Gleichstellungspolitik vielleicht keinen Grund zur Euphorie haben - es gibt andere Schwerpunkte wie Schule, Bildung, die reichlich mit mehr Geld ausgestattet werden, weil das der erklärte Schwerpunkt der Landesregierung ist -, aber wir haben in der Gleichstellungspolitik in den Haushaltsverhandlungen verhindern können, dass es hier zu Kürzungen kommt.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen neben den Mitteln unseres Ministeriums, die Ihnen in dem Einzelplan vorliegen, seit vielen Jahren auch Mittel aus den EU-Strukturfonds EFRE und ESF eingesetzt werden. In den aktuellen Programmen, die sich auf den Zeitraum 2007 bis 2013 erstrecken, ist die Gleichstellung von Frau und Mann als Querschnittsaufgabe in allen Programmschwerpunkten verankert.

Meine Damen und Herren, meine Einführung in den Haushalt 2009 wäre unvollständig, wenn ich nicht auch noch einige weitere Förderprojekte nennen würde, die es seit vielen Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten gibt und die so etwas wie das Fundament unserer Arbeit sind. Das eine ist die Förderung der Infrastruktur, die Frauen vor Gewalt schützt, also Frauenhäuser, Frauberatungsstellen, Frauennotrufe und spezielle Beratungsstellen für Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Es ist die Förderung der Ausstiegsprojekte für Prostituierte, es ist das Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderungen und die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter. Auch das Internetangebot „Frauen in NRW“ hat sich zu einem stark nachgefragten Portal entwickelt und ist inzwischen fest etabliert. In dieser Infrastruktur, die ich eben erwähnt habe, sind wir führend unter den 16 deutschen Bundesländern.

Der Künstlerinnenpreis, den ich eingangs erwähnt habe, und das internationale Frauenfilmfestival Dortmund/Köln laufen erfolgreich und sollen im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Und schließlich ist die institutionelle Förderung des Frauenrates und des Frauenmediaturms nicht zu vergessen, zu dessen Förderung durch die Staatskanzlei auch ein Beitrag aus dem Haushalt des MGFFI geleistet wird. Alle diese Projekte und Vorhaben werden 2009 in gleicher Höhe wie im Vorjahr gefördert.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die landesweiten Aktionswochen zu sprechen kommen, die wir gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen in Nordrhein-Westfalen zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden durchführen. Der Erfolgsgeschichte dieser Aktionswochen wollen wir im kommenden Jahr ein elftes Kapitel hinzufügen. Im Jahr 2009, dem Jahr der Europawahlen, sollen sie unter dem Titel stehen „Frauen verändern Europa - Europa verändert Frauen“. Wie in den Vorjahren hat unser Haus

ein Handbuch zur Vorbereitung der landesweiten Aktionswochen in Auftrag gegeben. Das können wir Ihnen Ende Oktober 2008 zur Verfügung stellen.

Wir werden es am 29. Oktober in Brüssel der Öffentlichkeit vorstellen. Auch 2009 wird das Ministerium die Auftaktveranstaltung zu den landesweiten Aktionswochen gestalten, die Anfang März 2009 in Verbindung mit dem internationalen Frauentag stattfinden wird. Ich bin überzeugt, dass das Thema der Auftaktveranstaltung wegen der 2009 stattfindenden Europawahl besonders viel Aufmerksamkeit erhalten wird. An diesem Beispiel kann man auch einmal zeigen, wie sehr Europa dieses Thema vorangebracht hat. Vieles, was wir in nationales Recht umgesetzt haben, ist in Europa vorgeprägt und vorgedacht worden. Dass man das im Vorfeld einer solchen Wahl, wo auch viel Negatives über Europa oder Brüssel genannt wird, einmal in die Debatte einbringt, dient sowohl dem Thema „Frauen in Europa“ als auch der Europapolitik als solcher.

Meine Damen und Herren, viel Aufmerksamkeit für die Gleichstellungspolitik wird sicher eine Folge der Rolle in Nordrhein-Westfalen nächstes Jahr als Gastgeber der GFMK sein. Ich würde mir wünschen, dass wir neben dem Ministerinnentreffen das auch als Parlament mit begleiten und im Umfeld einige Veranstaltungen machen. Darüber hinaus werden wir bei zahlreichen anderen Gelegenheiten die Öffentlichkeit für frauenpolitische Anliegen herstellen. Wir werden viele bewährte, erfolgreiche Projekte im kommenden Jahr fortsetzen, zugleich aber auch neue Akzente setzen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben wir dafür eine solide und gute Grundlage gelegt.

Maria Westerhorstmann (CDU) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Aufgrund der Tatsache, dass sich im Frauenhaushalt im nächsten Jahr keine wesentlichen Kürzungen ergeben würden trotz der anstehenden Haushaltskürzungen, die es auf allen anderen Ebenen gebe, sei man gut aufgestellt. Insbesondere die drei Themenbereiche Integration von Frauen in diesem Land, das berufliche Fortkommen in der Gesellschaft, der Bereich der Gewalt, aber auch die berufliche Förderung von Frauen sowie der Bereich Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf fänden in diesem Haushalt eine große Beachtung. Sie freue sich auf die weiteren Haushaltsberatungen und bedanke sich ganz herzlich für das, was der Minister gerade vorgestellt habe.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bedankt sich sehr herzlich für die Vorstellung des Haushaltsentwurfes. Sie begrüße es, dass es quasi ein Überrollen bei allen Titeln gegeben habe. Es komme zu keinen Kürzungen. Besonders wichtig finde sie die Konzentration auf die Frauenförderung neben dem Schutz der Frauen vor Gewalt. Bei der beruflichen Förderung gebe es noch Defizite. Auch begrüße sie es, dass ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung junger Frauen aus Zuwandererfamilien gelegt werde, auch mithilfe von EFRE-Mitteln.

Man habe hervorragende Programme wie zum Beispiel das Programm Personalpotenziale nutzen oder Frauen in der industriellen Forschung oder Kompetenz im Management. Sie finde es schade, dass diese seriösen Programme, die Frauen mit ho-

her Bildung ansprächen, bei denen gute Schulabschlüsse schon vorhanden seien, die über gute Studienabschlüsse verfügten, Frauen mit Abkürzungen konfrontiert würden, die man auch leicht ins Lächerliche ziehen könne wie zum Beispiel PFIFF. Daraus könne man Pfiffi machen oder PePon wie Pingpong oder KIM, ein moderner Frauenname. Sie wisse, dass das schon seit Jahren so abgekürzt werde. Das rege sie auch insbesondere im Schulbereich auf, wobei in den Schulen die Schüler angesprochen seien. Hier würden erwachsene Frauen angesprochen.

Um die Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft für diese Programme und für die explizite Frauenförderung zu erhöhen, wäre ihre Frage, ob man überprüfen könne, ob man diese ganz phantastischen Programme mit zum Teil lächerlichen Abkürzungen überziehen müsse.

Minister Armin Laschet macht darauf aufmerksam, dass es Abkürzungen gebe, die als Kommunikationsmittel genutzt würden. Es gebe auch solche, die nur technisch seien. Die eben erwähnten würden nie kommuniziert. Das PFIFF stehe einfach in Klammern. Man nenne es mit dem vollen Namen. Bei KiBiz habe er lange nachgedacht. Wenn man dauernd etwas zitiere, könne es durchaus lächerlich wirken. Es gebe Abkürzungen, die das in sich bergen würden. Es gebe aber andere, die man nur als Abkürzung benutzen könne. Da müsse man darüber nachdenken. Die Beispiele, die Frau Pieper-von Heiden genannt habe, würden bewusst nicht nach außen kommuniziert.

Angeichts der Probleme, die es diesem Land gebe, findet **Barbara Steffens (GRÜNE)** es erstaunlich, dass man sich in der ersten Aussprache über den Haushalt über Namen von Programmen unterhalten müsse. Das sei abwegig. Sie bedanke sich für den Bericht, auch wenn es einen großen Dissens zu dem gebe, wie ihre Fraktion den Haushalt einschätze. Wieder sei eine Scheibe vom Frauenhaus abgeschnitten worden. Es sei um 155.000 € reduziert worden. Sie rechne die 95.000 € für die Frauenministerkonferenz nicht als Minus. Es gebe praktisch ein Minus im Frauenhaushalt. Der Frauenhaushalt stelle einen Nachteilsausgleich dar. Jetzt zu sagen, der Frauenhaushalt sei super, er sei überrollt, sei zynisch. Die 155.000 € würden an anderer Stelle gebraucht. Zu den Frauenhausstellen bekomme man regelmäßig die Berichte per Abrufe. Aber auch in vielen anderen Bereichen gebe es Defizite. Man müsse das Geld anders einsetzen und brauche mehr.

Der Minister habe am Anfang gesagt, die Frauenerwerbsquote sei besser geworden. Da müsse man sich angucken, wie die Frauenerwerbsquote berechnet werde. Sie werde ja nicht danach berechnet, wie viel Frauen wirklich beschäftigt seien, sondern die Frauenerwerbsquote sei mit dem Indikator der tatsächlichen Erwerbsarbeit und dem mit aktiver Beschäftigungssuche verbunden. Wenn man sich anschau, wie viele Frauen nicht aktiv suchen würden, die nicht gemeldet seien, die aufgegeben hätten, dann werde deutlich, dass sich seit 2005 überhaupt nichts verändert habe. Man habe keinen Anstieg, sondern eine Quote, die anders berechnet werde und dadurch niedriger werde. Das sei mit den Zahlen faktisch belegbar. An der Stelle habe man keine Verbesserungen. Der Gleichstellungsbericht mache deutlich, dass sehr viel zu

tun sei, weil man in vielen Bereichen Defizite habe. 155.000 € aufzugeben, finde sie problematisch. Zumindest hätte man den Haushalt überrollen müssen. In die inhaltliche Debatte werde man in der nächsten Sitzung einsteigen.

Gerda Kieninger (SPD) bedankt sich für den Bericht des Ministers. Sie sei sehr froh, dass der Bericht auch in schriftlicher Form vorgelegt werde, sodass man in der nächsten Sitzung die Möglichkeit habe, in die Fragerunde einzusteigen. Sie spreche die Kürzung von 250.000 € an, die durch die 95.000 €, die für die Frauenministerkonferenz eingesetzt werde, auf 155.000 € Kürzungen relativiert werde. Wenn man nun sage, der Haushalt werde überrollt, es sei nicht gekürzt worden, dann müsse man auch an der Stelle festhalten, dass alle die, die Förderungen vom Land bekämen, inzwischen auch höhere Kosten hätten. Diese würden nicht aufgefangen. Das werde damit deutlich, dass bestimmte Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten.

Im Frauenhaus hätten sich die Personalkosten erhöht, die Energiekosten und sonstiges, auch in den Beratungsstellen. Wenn man Haushalte lediglich überrolle, komme man an irgendeiner Stelle zu dem Punkt, dass das Geld nicht mehr ausreiche und die Infrastruktur letztendlich irgendwann zusammenbreche. Der Haushalt stelle sich nicht so wunderbar dar, wie es der Minister glaubhaft zu machen versuche. Es bestehe auch noch großer Beratungsbedarf.